

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

Am 4. und 5. Dezember 1989 stürmten mutige Bürger etliche Bezirks- und Kreisämter des neu gegründeten Amts für Nationale Sicherheit. Vorausgegangen waren Gerüchte über die Vernichtung von Akten. Der Bericht, verfasst nur einen Tag nach den Ereignissen, vermittelt ein lebendiges Bild.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt verstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit, die sich bestätigten

Der Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe vom 5. Dezember 1989, unmittelbar nach den Ereignissen verfasst, ist ein Versuch, die Situation zu überschauen. Die Übersicht ist nicht vollständig, vermittelt aber authentische Informationen und ein lebendiges Bild.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Datum: 5.12.1989

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BStU
000001

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

1.) Kre { verniell. dñ.
2.) Modr } gen. schwanz } vern. 6.12.
3.) Malenovský minell. inf.
4. Schw
5. Nitig
6. Großen
7. Nei
8. Kra
9. Möhlf
10. Bausch vern. 6.12.
Bücher
Loj/Gri
PP

- 5. 12. 89

Berlin,
8 Blatt
Exemplar

INFORMATION
über

das Erzwingen des Zutritts von Kräften von Bürgerbewegungen zu den Dienstobjekten von Bezirks- und Kreisämtern des Amtes für Nationale Sicherheit am 4. Dezember 1989

Offenkundig im Zusammenhang stehend mit dem am 4. Dezember 1989 über die Massenmedien der DDR verbreiteten Aufruf, Akten vor der Vernichtung zu sichern, verschafften sich am 4. Dezember 1989 in mehreren Bezirken und Kreisen Kräfte von Bürgerbewegungen - unter Einbeziehung von Staatsanwälten - Zutritt zu Dienstobjekten der Bezirks- und Kreisämter, wobei Panzerschränke und Räumlichkeiten besichtigt und versiegelt, Angehörige und von ihnen mitgeführte Aktentaschen sowie PKW kontrolliert und die geordnete Dienstdurchführung erheblich beeinträchtigt wurden.

Dazu im einzelnen:

- Am 4. Dezember 1989, gegen 10.00 Uhr, wurden durch eine größere Gruppe von Bürgern alle 3 Zugänge zum Dienstobjekt des Bezirksamtes Erfurt blockiert sowie durch den Einsatz eines Kranwagens der Erfurter Verkehrsbetriebe die Ein-

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, BL 1-8

Blatt 1

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BStU
000002

2

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

und Ausfahrt des Hauptobjektes versperrt. Binnen kürzester Zeit hatten sich insgesamt ca. 500 Personen an den 3 Zugängen ange- sammelt. Durch an der Blockade beteiligte Kräfte wurden Ange- hörige des Bezirksamtes, die die Absicht zum Betreten des Dienst- objektes hatten, einschließlich mitgeführter Taschen sowie der PKW, kontrolliert.

Mit der Zielstellung der Vermeidung einer nicht auszuschließenden weiteren Eskalation der Ereignisse, entschloß sich der Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit, eine Abordnung von 10 Personen zu empfangen, um über das Anliegen dieser Kräfte informiert zu werden und beruhigend auf diese einzuwirken. Während des im Konferenzzimmer des Leiters geführten Gespräches ver- schafften sich weitere Personen - unter Führung einer Frau Dr. SCHÖN, Kerstin, die sich als Sprecherin eines unabhängigen Unter- suchungsausschusses ausgab - ebenfalls gewaltsam Zugang zum Dienst- objekt und begaben sich in das Konferenzzimmer.

Bekannt wurde in diesem Zusammenhang, daß Frau Dr. SCHÖN vor dieser Aktion den Staatsanwalt des Bezirkes Erfurt über ihre Absicht in Kenntnis gesetzt hatte, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Bezirksamt Erfurt vor Vernichtung zu bewahren.

Die Forderungen der in das Bezirksamt eingedrungenen Personen bezogen sich insbesondere auf die Einsichtnahme in die Archive sowie angeblich vorhandene Unterlagen zu konkreten Personen, die sich zum Teil unter den eingedrungenen insgesamt ca. 150 Personen befanden, die Einsichtnahme in vorhandene Speicher sowie die Besichtigung der Verkollerungsanlage und der Haftanstalt. Nachdem sich der zwischenzeitlich herbeigerufene Leiter der Ab- teilung I A des Staatsanwaltes des Bezirkes Erfurt, Gen. RUDAT, sowie sein beigeordneter Staatsanwalt, Gen. ILGEN, für die Klärung der aufgeworfenen Fragen als nicht zuständig und kompetent erklärt hatten, wurden der Militärstaatsanwalt des Grenzbezirks- kommandos, Oberstleutnant WEISZMANTEL, und der Militärstaatsan- walt der 4. MSD, Oberstleutnant LIPPOL, in das Bezirksamt Erfurt angefordert.

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BStU

000003

3

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

Auf Grund der massiven Forderungen der eingedrungenen Personen wurde im Beisein der beiden Staatsanwälte sowie von Journalisten der "NEUEN ERFURTER ZEITUNG", "THÜRINGER NEUESTEN NACHRICHTEN" und der Zeitung "DAS VOLK" eine Objektbegehung realisiert, wobei u. a. die Datenendstelle, das Archiv und die Verkollerungsanlage besichtigt wurden.

Eine geforderte Abfragung gespeicherter Daten sowie eine Einsichtnahme in schriftliche Unterlagen konnten verhindert werden. Fragen zur konkreten Personalstärke sowie zu Details der Struktur wurden nicht beantwortet.

Während der Besichtigung wurden durch die anwesenden Journalisten Fotoaufnahmen gefertigt.

Erst nach längeren Diskussionen erklärten sich die eingedrungenen Personen damit einverstanden, daß die anwesenden Staatsanwälte die betreffenden Räume und die darin befindlichen Panzerschränke versiegeln und sie das Bezirksamt wieder verlassen.

Da von den eingedrungenen Kräften auch den Maßnahmen der Staatsanwälte großes Mißtrauen entgegengebracht wurde, bestanden sie darauf, an neuralgischen Punkten des Bezirksamtes sogenannte Bürgerwachen einzusetzen, so u. a. an den 3 Zugängen des Dienstobjektes, der Datenendstelle und dem Archiv.

Seitens des sogenannten unabhängigen Untersuchungsausschusses besteht die Absicht, am Dienstag, dem 5. Dezember 1989, 11.00 Uhr, ein erneutes Gespräch mit dem Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Erfurt zu führen.

Es wird vorgeschlagen, die für den heutigen Tag vereinbarte Zusammenkunft nur mit einem begrenzten Personenkreis von Vertretern des sogenannten unabhängigen Untersuchungsausschusses in Abwesenheit des Militärstaatsanwaltes durchzuführen.

Durch den gemeinsamen Einsatz von Angehörigen des Bezirksamtes Erfurt und geeigneten Kräften der Deutschen Volkspolizei vor dem Gebäude des Bezirksamtes sollte das Betreten des Objektes durch weitere Personen notfalls durch körperliche Einwirkung und polizeiliche Hilfsmittel (Schlagstock) verhindert werden.

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BStU
000004 4

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

- Seit ca. 17.30 Uhr befanden sich vor dem Dienstobjekt des Bezirksamtes Rostock ca. 170 Personen, durch welche die Zugänge und Zufahrten blockiert wurden. Vertreter des NEUEN FORUM, weiterer Bürgerbewegungen, Pfarrer, SDP-Mitglieder und Studenten forderten mit Nachdruck Einlaß, die Versiegelung des Objektes und die Bewachung durch die Deutsche Volkspolizei.

Seit 22.10 Uhr sprach der Leiter des Bezirksamtes [redacted] mit Vertretern des Untersuchungsausschusses (Landes-superintendent WIEBERING, Rechtsanwalt VORMELKER) im Beisein des Bezirksstaatsanwaltes, dessen Stellvertreters und des stellvertretenden Chefs der BDVP. Durch die Demonstranten wurden Studenten zum Ereignisort beordert, die sich zum Zwecke der "Bewachung" des Objektes bis ca. 7.00 Uhr abwechseln sollen.

Weitere diesbezügliche Aktivitäten waren im Bezirk Rostock zu verzeichnen in Bad Doberan und Greifswald, wo die Kreisämter in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes, von Kräften der DVP und Vertretern des NEUEN FORUM versiegelt wurden sowie in Stralsund, wo in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes ca. 150 Personen gewaltsam in den Innenhof des Kreisamtes eingedrungen waren.

- Im Zusammenhang mit der Demonstration von Bürgerbewegungen in Leipzig verschafften sich ca. 50 Personen mit der Drohung, weitere Demonstranten herbeizuordern, Zutritt zum Bezirksamt Leipzig und halten das Objekt an seinen neuralgischen Punkten besetzt.

Das Bezirksamt ist handlungsunfähig.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

Blatt 4

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

5

AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT

BStU
000005

- Vor dem Kreisamt für Nationale Sicherheit Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder bildeten gegen 16.00 Uhr ca. 15 Personen - unter ihnen der Kreissekretär der CDU, Frau PÖTTER, das Ehepaar KEIL (Gemeindekirchenrat) sowie Frau AMENDE vom NEUEN FORUM - eine Menschenkette und forderten die Offenlegung der Tätigkeit, die Besichtigung der Diensträume sowie Rechenschaftslegung der Angehörigen des Kreisamtes vor der Bevölkerung, was durch den Leiter des Kreisamtes über die genannte Frau PÖTTER organisiert werden soll.

Gegen 21.40 Uhr organisierte das Pfarrerehepaar [REDACTED] aus Greifenberg über das VPKA eine "Kontrolle" im Kreisamt, um sich davon zu überzeugen, ob Unterlagen verbrannt worden sind. Im Beisein eines Hauptmanns der DVP wurden der Kohlenkeller und Aschentonnen im Kreisamt besichtigt, wobei sich ihre Vermutungen nicht bestätigten. Forderungen zur Besichtigung des Archivs wurden abgelehnt, weswegen man sich am 5. Dezember 1989 erneut an den Leiter des Kreisamtes wenden wolle.

- In Templin, Bezirk Neubrandenburg, forderten in den späten Abendstunden ca. 200 Personen durch ihren Sprecher, den Bezirksvoritzenden der DBD, FINNER, die Versiegelung des Kreisamtes, [REDACTED] um ein Vernichten von "Beweisen" zu verhindern, sowie die Besichtigung der Verbrennungsanlage, wozu eine sogenannte unabhängige Kommission auf einer Kontrolle der Räumlichkeiten bestand.

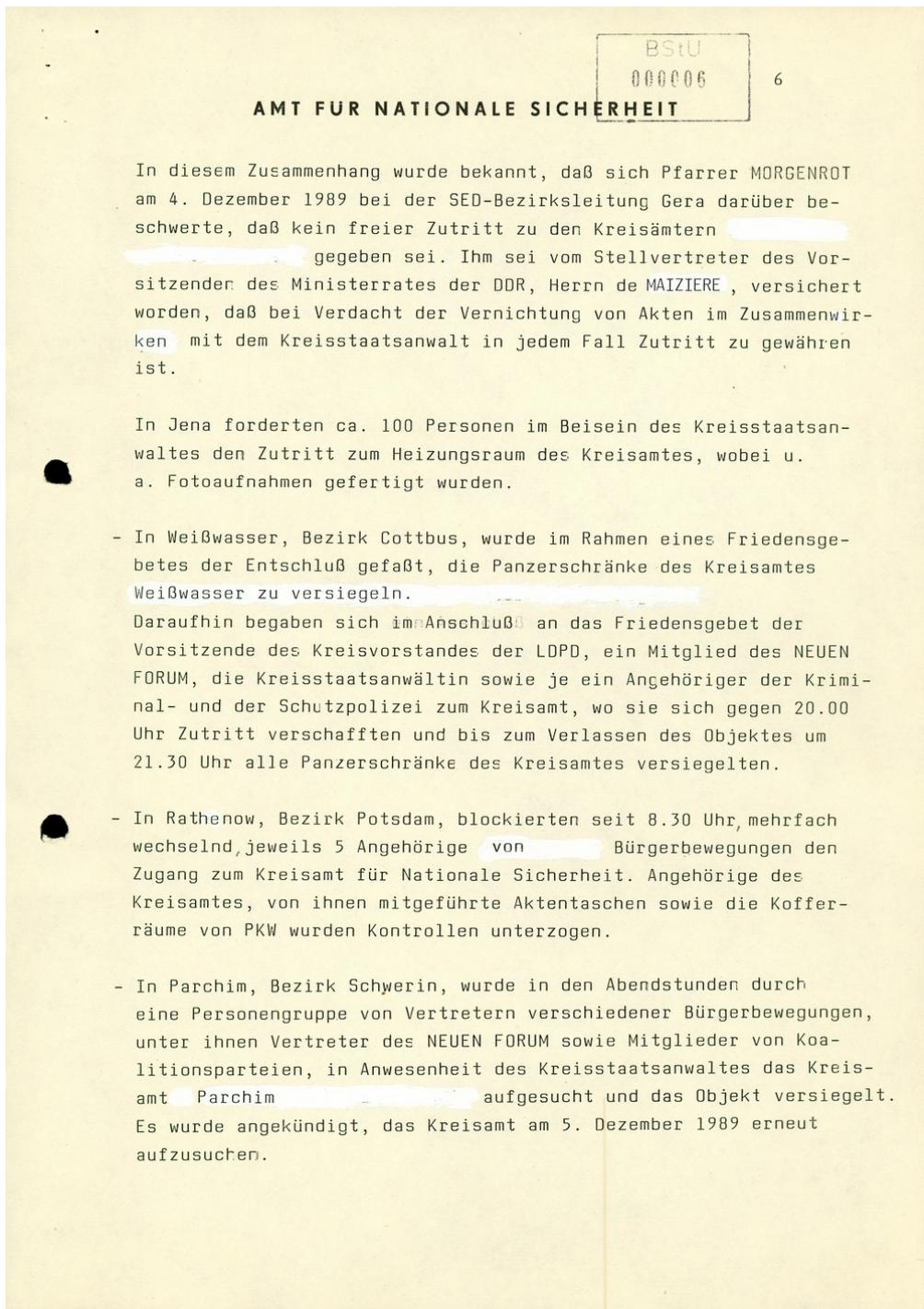
Durch den Leiter des Kreisamtes wurde 10 Personen die Besichtigung der Heizanlage gestattet. Massiv wurden Forderungen zur Auflösung des Kreisamtes erhoben.

- In Saalfeld, Bezirk Gera, suchte gegen 22.45 Uhr eine Delegation aus Vertretern des NEUEN FORUM und des Demokratischen Aufbruchs in Begleitung des Leiters des VPKA, des Kreisstaatsanwaltes und des Vorsitzenden des Rates des Kreises sowie Angehörigen der Kriminalpolizei das Kreisamt auf, wo durch den Leiter des Kreisamtes der Forderung nach einer "Besichtigung" des Objektes entsprochen wurde. Die Personen verließen gegen 24.00 Uhr das Objekt und äußerten die Absicht, Kontrollposten aufzustellen.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, BL 1-8

Blatt 5

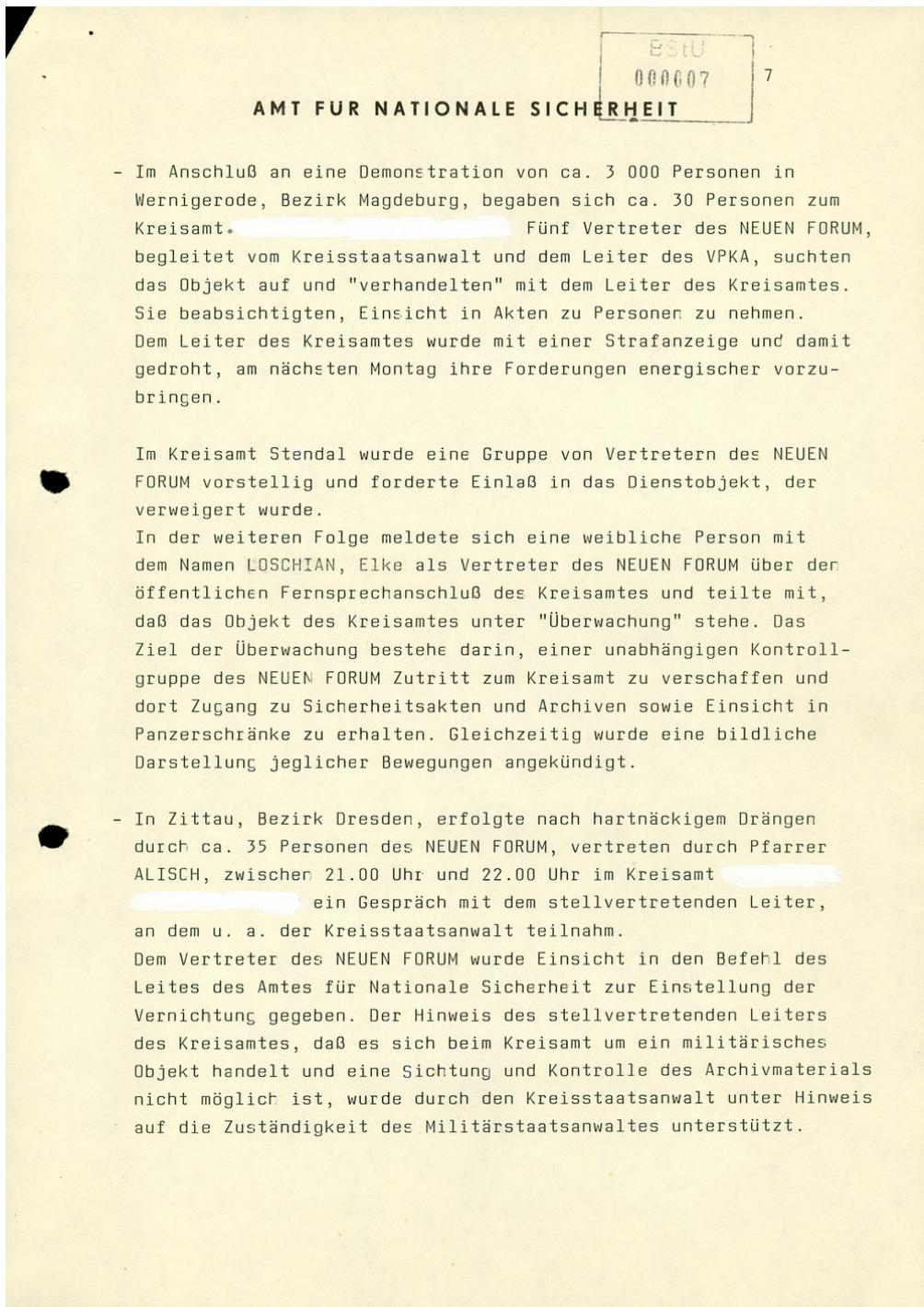
Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, BL. 1-8

Blatt 6

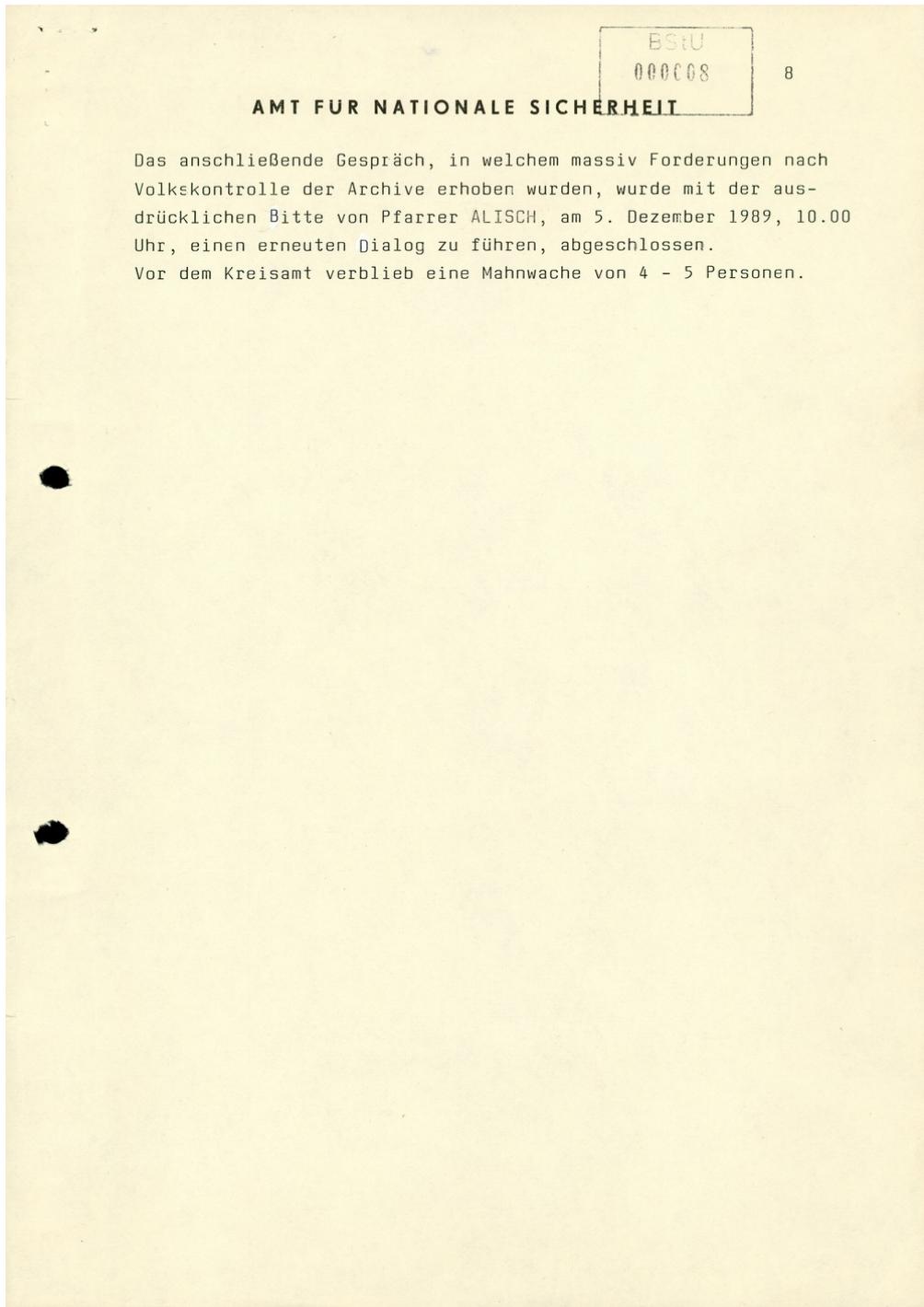
Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

Blatt 7

Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

Blatt 8